

Der Herr Abg. Nitsch hat nun gefragt, ob die

Regierung sich denn dieses Spiel noch länger gefallen lassen wird. Ich ja, meine Herren, noch viel länger, so lange Sie wollen. Hier ist ja nur die Frage: wer soll siegen, das Haus oder die Regierung? Keiner hat Lust dazu, da bleiben sie alle beide. (Große Heiterkeit.) Sie suchen die Verständigung und Sie werden die Verständigung auch finden. Das scheint eine Possen zu sein. An der Front wird es aber trotz des Grafen Spee als Drama empfunden. Es war gestern die Rede davon, es wären ja nur ein paar Briefe, die wir hätten. Wir können ihnen aber Dugende von Briefen von der Front, und zwar aus den Kreisen von Chargierten, von Offizieren bringen, die erklären, daß der Graf Spee gar nicht an der Front ist, die Front gar nicht gezeichnet hat, daß das, was ich neulich vom Kasino sagte, schon seine Möglichkeit hat. Er ist sogar Vorsteher und hat die Leitung eines Kasino in der Campagna. (Heiterkeit.) Das stimmt schon, und er hat so getan und hat die Stimmen von der Front mitgeteilt.

Was nun schließlich die Regierung anbetrifft, ob sie sich dieses Spiel länger gefallen läßt, ob sie die Wahlrechtsvorlage durchzuführen wird, so meine ich, sie wird schließlich, wenn es nicht mehr anders geht, erklären: Na ja, der König hat ja das gleiche Wahlrecht verprochen, und was jetzt als Sicherung des Mehrstimmrechts hineingebracht ist, und wenn es auch nur eine Zusatzstimme ist, das ist das gleiche Wahlrecht, wird Herr Friedberg sagen, wie ich es aussage.

Das ist die bekannte Manier: wie man es aussagt. Man sagt es eben so auf, und man wird sagen: Der König hat es so aufgefacht, und dann werden diejenigen, die es glauben wollen, die ein Interesse daran haben, es zu glauben, dem zustimmen. Sie glauben es ja lange schon. Sie opponieren ja dem König das, was er gemeint hat. Am liebsten rechnen wir auf die Regierung nicht. Sie hat keinen Mut, sie hat keine Courage, sie ist keine Mäute vor dem Arzpeersack-Vucanusscher. (Heiterkeit.) Da wird man sich immer damit gedulden und im letzten Augenblick noch hoffen, daß ein Antrag, wie etwa der Antrag Lohmann, nach der einen Seite gemildert und nach der andern Seite verbessert, schließlich noch zum Ziele hilft, ein Kompromiß zu schließen.

Und wäre die Vorlage unannehmbar, auch dann, wenn es sich nur um eine Zusatzstimme

handelt, die beim 30. Lebensjahr erstellt werden soll. Der Kollege Nitsch hat schon darauf hingewiesen, wie es mit der Arbeitervereinschaft steht. Wesen Sie das doch bei dem Reichstagsrat Engel nicht zu verwirren mit Engels — einmal durch Professor Engel, der kein Sozialdemokrat, sondern ein kaiserlicher Beamter ist, hat vor längerer Zeit festgestellt, daß das Durchschnittsalter des Arbeiters 30 Jahre beträgt. Inzwischen soll es, den Krieg abgerechnet, sich etwas verbessert haben. Nehmen wir also 33 Jahre an. Und nun wollen Sie eine zweite Stimme bei einem Alter von 30 Jahren geben. Das heißt doch: die große Masse der Arbeiter überhaupt ausschließen. Und nun sollte ja auch noch nach der Zahl der Kinder eine Mehrstimme gegeben werden. Da sind aber auch die Herren im Zentrum und andre dagegen; denn dabei kommt ja in Betracht, daß die Arbeiter und die Bauern noch die meisten Kinder haben. Das scheint den Herren denn doch bedenklich zu sein; denn das würde nicht gegen die Demokratisierung des Reiches wirken. Sie werden also nicht annehmen, daß wir dafür stimmen können, abgesehen von den Wirkungen auf

die Kriegsteilnehmer.

die der Herr Abg. Nitsch hier erwähnt hat und auf die ich nicht noch eingehen will. Die Kriegsteilnehmer, die mit schweren Schäden an der Gesundheit heimkommen, aus diejenigen, die nicht verwundet sind, sondern nur durch die Strapazen des nun bald ein halbes Jahrzehnt dauernden Krieges ihre ganze Lebensfähigkeit, deren Existenz vernichtet ist, denen die kleine Selbstständigkeit, die sie sich im Laufe eines ganzen Lebens aufgebaut hatten, während des Krieges genommen ist, die wollen Sie jetzt mit einem solchen Wahlrecht versehen, denen wollen Sie es unmöglich machen, ein gleiches Wahlrecht zu besitzen. Darauf werden Sie ihnen zur Zeit schon die Antwort geben.

Ich rede nicht vom Königswort. Das ist ja Ihre Sache, ob man an Königsworten dröhen und deuteln soll, was Sie ja in diesen Tagen so reichlich getan haben. I dröhen und deuteln Sie daran, so viel Sie wollen: unserer demokratischen, unserer republikanischen Auffassung wird es wohl kein Abbruch tun (Sehr richtig! bei der Unabh. Soz.), sondern wir beglückwünschen Sie, wenn Sie ein Wort nach dem andern herunterreißen von dem Krana der Monarchie. Das ist Ihre Sache; tun Sie darin Ihren Gefühlen gar keinen Zwang an!

Was das Ausland dazu sagt.

darauf will ich mich nicht berufen. Sie lehren sich ja an das Ausland nicht. Denn wenn Sie nur ein wenig sich um das Ausland und die Stimmen der ganzen Welt kümmern, dann wäre ein Gewaltfrieden wie im Osten nicht möglich gewesen. (Sehr wahr! bei der Unabh. Soz.) Das hätte ihnen die Vernunft sagen müssen. Sie haben sich nicht darum gekümmert, und Sie werden sich noch viel weniger bei der Erstellung eines Wahlrechts darum kümmern, was das Ausland sagt. Was aber das Volk und was die Zeitungen an der Front sagen — nicht die Offiziersblätter, nicht die Offiziersblätter aus dem Kasino des Grafen Spee, sondern die, die wirklich an der Front sind — das werden Sie noch zeitig genug erfahren, irische, als ich Ihnen leide ist. Also nur so weiter! Nehmen Sie die Regierungsvorlage, lehren Sie das Wahlrecht überhaupt ab, tun Sie Ihren Gefühlen keinen Zwang an! Denn wie es jetzt verneht ist, hat es für das Volk wirklich keinen Wert. (Sehr wahr! bei der Unabh. Soz.) Und die Regierung mag zu Kreuze kriechen, sie mag sich die Furcht von rechts gefallen lassen, wir stehen auf dem Standpunkt: Wer am längsten lebt, erbt eint die ganze Welt; und die Erben sind wir. (Bawo! bei der Unabh. Soz.)

Erklärung der Regierung.

Berlin, 14. Mai. Bei der dritten Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Wahlen zum Abgeordnetenhaus wurden die Anträge auf Wiederherstellung des Paragraphen 3 der Regierungsvorlage, der das gleiche Wahlrecht vorseht, mit 236 gegen 185 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Lohmann wurde mit 338 gegen 73 Stimmen abgelehnt. Paragraph 3 der Kommissionsbeschlüsse auf Einführung des Mehrstimmwahlrechts wurde mit 220 gegen 191 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen gleichfalls abgelehnt.

Hierauf erklärte der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg:

Die Staatsregierung hält nach wie vor an dem gleichen Wahlrecht unverrückbar fest und ist entschlossen, zu seiner Durchführung alle verfassungsmäßigen Mittel in Anwendung zu bringen. Sie ist jedoch ebenso der Auffassung, daß das Herrenhaus als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung zu dieser für unser ganzes Staats- und Verfassungsleben grundlegenden Frage Stellung nehmen muß, zumal auch die Neuordnung des Herrenhauses selbst einen wesentlichen Teil des geplanten Reformwerks bildet. Demgemäß wird auch das Herrenhaus mit der Vorlage befaßt werden. Sollte dieses dem geordneten Gang der Gesetzgebung entsprechende Verfahren entgegen der Erwartung der Staatsregierung innerhalb gemeinsamer Frist nicht zur endgültigen Annahme des gleichen Wahlrechts führen, so wird die Aufhebung des Hauses zu dem ersten Zeitpunkt erfolgen, zu dem diese nach pflichtmäßigem Ermessen der Staatsregierung mit der Kriegslage verträglich ist.

Das Echo von Zwickau.

Jubel der Eroberungspolitiker — gedämpfte Siegesfreude der Regierungssozialisten.

Das Echo, das der Ausgang der Wahl von Zwickau in der bürgerlichen Presse findet, kompromittiert die Regierungssozialisten aufs schwerste. Wenn es so wäre, daß in Wahrheit 17 500 Anhänger des Verbandspolitikers gegen 6000 Anhänger der Eroberungspolitiker gestimmt hätten, so würde in der alldeutschen Presse betretenes Schweigen herrschen. So aber zeigt sie eitel Freude darüber, daß Meier und nicht Genosse Heder gewählt ist.

Das Organ der Partei Flug, die Werdauer Zeitung, gibt seiner Freude unerschönten Ausdruck, und die alldeutschen Leipziger Neuesten Nachrichten überschlagen sich fast vor Freude, indem sie ihrem ganzen Hohn gegen unsere Partei freien Lauf lassen. Uns fürchten sie, nicht die Regierungssozialisten, die mit bürgerlicher Hilfe gefestigt haben.

Der Jubel der Regierungssozialisten dagegen ist merkwürdig gedämpft. Wir wissen, warum. Das regierungsozialistische Blattchen in Leipzig schreibt:

Die für den Unabhängigen gezählten Stimmen kann man, gemessen an den in Niederbarnim und Spandau erreichten Werten, als verhältnismäßig hoch bezeichnen. Die Leipziger Volkszeitung wird wohl auch nicht veräumen, diese Tatsache festzustellen.

Der Erfolg, den unser erster Vorstoß in Zwickau-Crimmitschau gehabt hat, gibt den Unabhängigen zu denken. Sie müssen erkennen, daß ihre Partei die Partei der bürgerlichen Mittelklassen ist, während die Arbeiter immer mehr sich zur Unabhängigen Sozialdemokratie bekennen. Der Jubel der bürgerlichen Presse über Zwickau wird nicht wenig dazu beitragen, immer mehr Arbeiter erkennen zu lassen, daß die Regierungssozialisten nur die Verbündeten des Bittertums und der Eroberungspolitiker sind.

Die Lage im Osten.

Rameneff in den Händen der finnischen Reaktion.

Stockholm, 13. Mai. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur aus Moskau vom 10. Mai ist Rameneff, der Sondergesandte des Rates der Volksbeauftragten, der im März auf den Anordnungen von den Weissen Garben verhaftet war, vor kurzem von den russischen Behörden in Freiheit gesetzt, jedoch von den Weissen Garben als Geiseln zurückgehalten worden, bis die russische Regierung die Vertreter der revolutionären finnländischen Regierung und namentlich Männer der augenblicklichen finnländischen Regierung ausliefert.

Rußland und Finnland.

Stockholm, 13. Mai. Das finnische Notizbureau teilt offiziell mit, daß diplomatische Beziehungen zwischen Rußland und Finnland noch nicht bestanden. Von solchen könne keine Rede sein, solange die Festung Ino noch nicht ausgeliefert sei, russische Kriegsmannschaften sich noch in finnischen Gewässern befinden, die finnischen Aufklärer in Petersburg beherbergt würden und dort neue Feindseligkeiten planen könnten und die Behörden in Charkow feindliche Maßnahmen unternehmen.

Die Lage in Sibirien.

Amsterdam, 14. Mai. Times meldet aus Peking: Nach mehreren Geschehnissen ist der Widerstand der Bolschewiki gegen die Semenovschen Kofoten abgeklaut. Semenov steht jetzt auf dem rechten Ufer des Flusses Angoda, drei Meilen von dem Eisenbahnhauptpunkt Kaxindaja. Kleine Abteilungen sind über den Fluß gegangen und haben die Bahn zu beiden Seiten des Knotenpunktes besetzt. Die Hauptmacht der Kosaken wartet mit dem Vormarsch, bis die Brücken über die Flüsse Oron und Angoda wiederhergestellt sind. Sie haben sich nach China zurückgezogen. Es sind noch drei Flüge mit Bolschewiki von Chabarowsk unterwegs. Vermutlich würden sie von Kosaken, die Semenov unterstützen, angehalten.

Unabhängigkeit Estlands.

Konstantinopel, 12. Mai. Die Agentur Will meldet: Estland hat seine Unabhängigkeit erklärt. Seine Angehörigen in Konstantinopel haben diesen Beschluß der kaiserlichen Regierung bekanntgegeben und den verbündeten und neutralen Staaten telegraphisch mitgeteilt.

Vom türkischen Krieg.

Der türkische Tagesbericht.

Konstantinopel, 13. Mai. Palästinafront: Eine an der Straße Jerusalem—Nablus von uns erfolgreich durchgeführte Stoßtruppenunternehmung führte zur Besetzung einer feindlichen Vorstellung. Vom Feind blieben 1 Offizier und 31 Mann tot in der Stellung, 1 Maschinengewehr wurde erbeutet. Auf dem östlichen Jordanufer wurde eine starke feindliche Patrouille abgewiesen. Im übrigen nur geringe Artillerie- und Fliegeraktivität.

Mesopotamien: Vor unserer (unten) Fliegergruppe beschränkt sich der Feind auf Erkundungen. Sonst nichts Wesentliches.

Englischer Bericht aus Mesopotamien.

Unsere vorrückenden Truppen verfolgten die Türken über Kirkuk hinaus. Am 11. Mai wurde der Feind über den Kesser Jab auf Albyn Aspri zurückgetrieben. Es wurden 30 Gefangene gemacht und 2 Geschütze erbeutet. Am folgenden Tag bewachten unsere Flieger feindliche Lager zwischen Albyn Aspri und Erbil sowie am Tigris.

Kleine Auslandsnachrichten.

England kündigt die Weisbegünstigungsverträge.

London, 14. Mai. (Neuermeldung.) Times schreiben: Bonar Law machte am 13. Mai im Unterhause eine wichtige Mitteilung. Er sagte in Beantwortung einer Anfrage Cursons, daß die britische Regierung die Absicht habe, ähnlich vorzugehen wie die französische und alle Weisbegünstigungsverträge zu kündigen. In einem Kommentar dazu sagte der Times, Großbritannien werde damit freie Hand für seine Wirtschaftspolitik erhalten. Bisher sei es durch Handelsverträge mit alliierten und neutralen Ländern gebunden gewesen. Solange die bestehenden Handelsverträge noch in Kraft seien, sei es für Großbritannien unmöglich, den Dominions und den Alliierten eine besondere bevorzugte Behandlung für ihre Einfuhr einzuräumen oder einen Unterschied zwischen Ländern, nach denen Waren aus Großbritannien ausgeführt werden, zu machen. Die Kündigung der Verträge brauche nicht notwendig zur Folge zu haben, daß in der britischen Wirtschaftspolitik eine radikale Aenderung eintrete, aber es werde dadurch doch eine solche Aenderung ermöglicht.

Zur Lage in Desterreich. Der Slawischen Korrespondenz zufolge richtete der Obmann des Verbandes der tschechischen Abgeordneten, Stavel, an den Ministerpräsidenten v. Seidler ein Schreiben, in dem er erklärte, daß er der an das Präsidium des Tschechenklubs ergangenen Einladung zu einer Versammlung über die Errichtung von Kreisbauernvereinigungen in Böhmen nicht Folge leisten könne. Er warte den Ministerpräsidenten eindringlich vor den Folgen dieser Maßnahme.

Aus dem englischen Parlament. Wie dem Neuen Courant in London gemeldet wird, sagte Balfour in Beantwortung einer Anfrage von Bonson, er übernehme die volle Verantwortung für die Erklärung Lord Roberts Cecil über das Bestehen einer deutschen Friedensoffensive. Gleichzeitig stellte Balfour in Abrede, daß Cecil eine

Mitteilung über die Anwesenheit eines geheimen deutschen Abgesandten in Westast einer angesehenen neutralen Person in England gemacht habe. Bonson habe die Erklärung Cecil offenbar nicht verstanden, daß deutsche Friedensangebote, welcher Art sie auch sein mögen, abgewiesen werden würden. Balfour sagte, er verstehe nicht, wie Bonson zu diesem Schluß habe gelangen können.

Ein allindischer Kongress. Nach dem Neuen Courant erzählt Daily Telegraph aus Bombay vom 3. Mai: Das Komitee für den allindischen Kongress ist hier heute unter dem Vorsitz von Mrs. Besant zusammengetreten. Es hat Delegierte aus allen Teilen Indiens anwesend. Es verläutet, daß das Komitee einen Antrag auf Unterstützung des neuen Werbefeldzugs für die indische Armee und einen zweiten Antrag annahm, in dem die Regierung aufgefordert wird, zu erklären, daß sie innerhalb einer bestimmten Frist eine Gefesvorlage zur Einführung der Selbstverwaltung in Indien nach den Prinzipien, die der Kongress und der Verband der Moskauer angenommen hat, einbringen werde.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 15. Mai. Militärl. (S. 1. A.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich vom Kemmel hatten örtliche Angriffsunternehmungen vollen Erfolg und brachten 120 Gefangene ein. Unser Angriff trat in der Mäßigung beschränkte Truppen und folgte den Franzosen hohe blutige Verluste. Der Artilleriekampf blieb im Gebiet des Kemmel gesteigert. Heute früh haben sich dort mit französischen Vorposten neue Infanteriegefechte entwickelt.

Zwischen der Yser und dem La Bassée-Kanal, an der Scarpe und bei Bucquoy war die feindliche Artillerie namentlich während der Nacht reg.

Zwischen Yperre und Somme drangen wir in kurzem Stoß an der Straße Bray—Corbie in englische Linien ein und behaupteten das gewonnene Gelände gegen zweimalige starke Gegenangriffe des Feindes. Zur Unterstützung der Infanterie hielt lebhaft Artillerieaktivität an.

Bei Bliers Brionneux, beiderseits der Yser und Aare, lebte der Feuerkampf vielfach auf. Auf dem westlichen Aare-Ufer griff der Feind unter Linien bei Cassel an; unter schweren Verlusten wurde er zurückgeschlagen.

In einzelnen Abschnitten Erkundungsgesche.

Unsre Flieger schossen gestern fünf feindliche Messerschmitt ab. An den Kampfzonen sehr reger nördliche Fliegeraktivität.

Wir bewachen Calais, Dünkirchen und andre südwestliche Munitionslager und Bahnanlagen des Feindes ausgiebig mit Bomben.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubenhorst.

Reichstag.

Dienstag, den 14. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundespräsident: v. Krause.

Anfragen.

Abg. Gebhart (Konf.) beschwert sich über die Zwangsmassnahmen gegen Landwirte zur Ablieferung von Hühnerfleisch; es sei sogar Soldaten der Urlaub verweigert worden, wenn ihre Angehörigen nicht genügend Eier abgeliefert hätten.

Unterstaatssekretär Dr. Müller: Zwangsmassnahmen zur Erfassung der Eier sind zulässig und rechtmäßig. Eine Zwangsbefreiung von Eiern vorzuziehen, ist nach den gemachten Erfahrungen notwendig. Von einer Urlaubsverweigerung aus dem genannten Grunde ist weder dem Reichskanzler noch dem Kriegsminister etwas bekannt.

Abg. Dr. Bollert (Nat.) beschwert sich über Doppelbesteuerung von Hamburgischen Offizieren, die nach Preußen zur Dienstleistung kommandiert sind.

Ein Regierungskommissar: Die Herren zahlen in Hamburg Staats Einkommensteuer und in Preußen Gemeindeeinkommensteuer; eine Doppelbesteuerung liegt nicht vor.

Abg. Alt (Nat.) fragt, ob Sorge getragen ist, daß die deutschen Städte möglichst frühzeitig und reichlich mit Hausbrandholz für den kommenden Winter versehen werden.

Ein Regierungskommissar: Es ist Vorsorge getroffen, daß die Kohlen möglichst frühzeitig geliefert werden.

Abg. Dr. Belzer (Zentr.) wünscht, daß die Bligabnehmer erst nach dem Ende der Gewitterzeit abgenommen werden und daß die Militärverwaltung für Ersatz Sorge.

Hauptmann v. Krosig: Kupferne Bligabnehmer brauchen erst abgenommen zu werden, wenn das eiserne Ersatzmaterial vollständig zur Stelle ist. Die Auswechslung kann ohne Bligefahr erfolgen. Hierauf wird die Beratung des Etats der Reichsjustizverwaltung fortgesetzt.

Abg. Dr. Pfleger (Zentr.) begründet eine Resolution, die einer Gesetzesentwurf fordert, durch den eine soziale Organisation der deutschen Rechtsanwaltschaft geschaffen wird.

Abg. Behrend (Z. Frakt.) wünscht die Möglichkeit, kurzfristige Freiheitsstrafen in Selbststrafen umzuwandeln und wendet sich gegen die vielen Strafandrohungen in den Kriegsverordnungen. Man sollte sich mehr mit Warnungen begnügen.

Abg. Herzfeld (Unabh. Soz.):

Der Resolution des Zentrums auf Schaffung einer sozialen Organisation der deutschen Rechtsanwälte stimmen wir zu.

In Bezug auf die Frage der Kriminalität der Jugendlichen darf man nicht vom Strafrichter Besserung erwarten; wir brauchen ein neues Jugendrecht, in dem nicht der Strafrichter, sondern die Familie, der Lehrer, der Vormundschaftsrichter eine Rolle spielt. Vor allem muß man, um der Kriminalität zu begegnen, den Kampf gegen den Krieg führen, der alle Kulturgüter und alle Ethik zerstört. (Beifall bei der Unabh. Soz.) Unter dem ungelieblichen Belagerungsstand und werden die Befreiungen der Unabhängigen Sozialdemokratie zu Landesverordnungen gestempelt, diese Befreiungen, die getragen sind von der glühendsten Vaterlandsliebe, von der Liebe zum Vaterland der großen Massen, von der Liebe zu allen Kulturidealen. (Beifall bei der Unabh. Soz.) Die unabhängige Sozialdemokratie wird außerhalb des Reichs stehen erklärt, das beweist das Vorgehen gegen Frau Zieg. Das Reichsgericht spricht Recht nach diesem Rezept des früheren Reichsrichters Michalek. Es hat es auch die Mitglieder des Jugendbildungsvereins Dresden wegen Landesverrats zu Zuchthausstrafen verurteilt. Durch diese Art der Klassenjustiz tut das Reichsgericht alles, um die Macht der Militärärztur zu härten. (Beifall bei der Unabh. Soz.) — Stürmische Unterredungen und Plurale bei der Mehrheit. — Der Vizepräsident Dr. Passche ruft den Abg. Herzfeld zur Ordnung. — (Wir geben diese Rede morgen im Wortlaut wieder.)

Staatssekretär v. Krause: Auf entschiedener Weise ist diese Art der Kritik an der Rechtsprechung des Reichsgerichts zurück. (Beifall bei der Mehrheit.) Daß die unabhängigen Sozialdemokraten nicht jenseits des Rechts stehen, beweist gerade der Fall Zieg; denn in diesem Falle hat das Reichsgericht entschieden, daß die ermittelten Tatsachen nicht ausreichen, um eine Verfolgung zu rechtfertigen, und hat die Frau außer Verfolgung gesetzt.

Abg. Landsberg (Reg.-Soz.): Den Grundgedanken der Zentrumsvorlage billigen auch wir, wir ziehen aber eine allgemeinere, die Einzelheiten nicht bindende Fassung vor. — An den geistigen Vorkämpfern des Staatssekretärs freude sich seine Absage gegen bürokratische Engstirnigkeit. Damit vertritt sich aber nicht, gegen z. B. die Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. M. gegen unsern Parteifreund Wendel Anklage im öffentlichen Interesse wegen Befreiung eines Desterreichers erhoben hat, dessen Buch über Serbien Wendel in einer österreichischen Zeitung besprochen hat. Die Staatsanwaltschaft in Frankfurt hatte es so eilig, daß sie nicht einmal vom Reichstage die Ermächtigung zur Strafverfolgung nachsuchte. (Hört, hört! bei den Soz.) Daß der Staatssekretär während des Krieges die Strafverfolgung nicht ändern will, ist mir bei dem Mangel an